

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

## Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

### Zu den Stichwahlen.

Die „Freisinnige Zeitung“ veröffentlicht Dienstag Abend das nachstehende parteilosige Communiqué:

In denjenigen Bezirken, in denen die Urwahlen in Form der Stichwahlen vorgenommen worden sind, finden im Laufe dieser Woche die Stichwahlen für die Wahlmänner statt. Aufgabe unserer Partei muß es sein, überall dort, wo die eigenen Kandidaten zur Stichwahl stehen, alles daran zu setzen, um sie zum Siege zu bringen. Wo aber die Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei ausgefallen sind, gilt es, zu verhindern, daß die Reaktion bei den Abgeordnetenwahlen den schließlichen Sieg davonträgt. Danach sollten unsere Freunde überall handeln, wo die Wahl schwarz-blauer Kandidaten in Frage kommt.

Ueber die Stellungnahme der fortschrittlichen Volkspartei bei den Stichwahlen in Großberlin meldet eine Korrespondenz: Im Landtagswahlbezirk Felsom-Weeslow-Storkow-Wilmersdorf hat die sozialdemokratische Partei bei den bevorstehenden Stichwahlen den sozialdemokratischen Wahlmännern Summenhaltung empfohlen. Der Wahlkampf wird sich dort also zwischen den Konservativen einerseits und den Freisinnigen und Nationalliberalen andererseits abspielen. Im Landtagswahlbezirk Ober- und Niederharnim werden die Liberalen (Freisinn und Nationalliberal) bei den Stichwahlen Gehör bei ßuß finden. Der Wahlkampf wird sich dort in der Hauptsache zwischen Konservativen und Sozialdemokraten abspielen.

Vielefeld, 20. Mai. Nach den heute vorgenommenen Stichwahlen im Stadtbezirk Vielefeld sind im Wahlkreis Herford-Salle gewählt worden: 335 Sozialdemokraten, 229 Konservative, 300 Nationalliberale, 107 fortschrittliche Volkspartei und 109 christlich-sozialen Wahlmänner. Die Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten Pienoweg (Konf.) und Meyer (natf.) scheint sicher. Die Wahl des dritten Abgeordneten ist noch ungewiß.

### Die Wehrevorlage in der Kommission. Keine Herabsetzung der Dienstzeit.

Berlin, 20. Mai. Die Budgetkommission des Reichstags, die heute, wie gemeldet, nach den Pfingstferien wieder zur Beratung der Wehrevorlage zusammengetreten war und aus deren Verhandlungen am Vormittag wir bereits das Ernährungsversteck mitgeteilt haben, nahm nach der Mittagspause zunächst die Resolution Kaisermann betreffend Maßnahmen zur Hebung des Trains, seiner Sicherstellung und Leistungsfähigkeit für den Mobilisationsfall an und legte dann die Beratung des Gesetzentwurfs bei den Zusatzanträgen zu Art. 1 fort. Der erste Zusatzantrag der Sozialdemokratie lautet:

„Eine Ergrünzung des Gesetzes dahin anzunehmen: Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind sämtliche Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienste bei der Fahne verpflichtet.“

In Bezug auf die Herabsetzung der Dienstzeit hat ferner die fortschrittliche Volkspartei folgende Resolution beantragt:

„Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß 1. eine Erleichterung und Abkürzung der Dienstzeit für das stehende Heer durch spätere Einstellung oder frühere Entlassung der Mannschaften eintritt; 2. eine geistliche Verklärung der Dienstzeit für das stehende Heer entsprechend der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Jugend vorbereitet wird.“

Die Abg. Dr. Müller-Meinungen, Nischbed und Dieckhoff beantragen zu diesem Punkte weiterhin:

„Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß zunächst verhältnismäßig bei je einem Antantierregiment jeder Division und bei je einer Kompanie jedes Jägerbataillons die Rekruteneinstellung zweimal im Jahre, im Herbst und im Frühjahr, und die Verurlaubung der Mannschaften schon nach achtzehnamonatiger Dienstzeit stattfindet.“

Ein fortschrittliches Kommissionsmitglied begründet die Resolution der Partei, die keine Demonstration bedeute wie der sozialdemokratische Antrag, der ohne Unterschied der Waffengattung die einjährige Dienstzeit verlange. Die Resolution fordere vielmehr als bald vorzunehmende ernsthafte Versuche mit der Verkürzung der Dienstzeit.

Der Kriegsminister wandte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Die Neuverpflichteten und die verdammtliche Ausbildung seien schon jetzt auf das Äußerste beschränkt. Die Wechseltungen richteten sich, abgesehen vom Bataillonsmarich, nur auf Gefechtsleistungen. Der Vorzug der deutschen Armees bestehe in erster Linie in der wichtigen persönlichen Ausbildung des einzelnen Mannes. Die moderne Kriegskunst stelle von Jahr zu Jahr größere Erfordernisse an den einzelnen Mann. Auch bestehe bei der 1½-jährigen Dienstzeit die Schwierigkeit der Ausbildung im Sommer und im Herbst, was eine große Vermehrung der Ausbildungsmannschaft bedinge. Zudem könne die Ausbildung nicht im Sommer erfolgen. Letztere, aber nicht ausgebildete Truppen seien viel größeren Verlusten ausgesetzt, als richtig geschulte. Die Friedenspräsenz werde sehr erheblich vermindert, noch viel mehr neue Truppen einzustellen, sei wegen Mangels an Mannschaften nicht möglich.

Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung der einjährigen Dienstzeit wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, ebenso der Antrag, die Einjährig-Wehrwilligen in die Präsenzliste einzurechnen. Abgelehnt gegen die Stimmen der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten wurden die auf Verzicht mit einer Herabsetzung der Dienstzeit zielenden Resolutionen der fortschrittlichen Volkspartei. Angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag, durch eine bessere körperliche Ausbildung der Jugend die Wehrfähigkeit

zu heben und alle Verbände zu unterstützen, die durch eine systematische körperliche Übung die schulentlassene Jugend für den Wehrdienst vorbereiten. Abg. Erzberger begründete dann den Antrag: „Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, die erforderlichen Maßnahmen zu einer Reform des Einjährig-Wehrwilligenwesens im Sinne einer Erweiterung und Erleichterung der Zulassung einzuleiten.“

Ein Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei vermittelte eine präzisere Fassung des Antrages, die bis zum Plenum nachzubolen sei. Die heutige Abstimmung seiner Fraktionsfreunde in der Kommission sei daher nur eine vorläufige. Der Grundgedanke sei aber im Interesse des ganzen Volkes zu begrüßen. Die Resolution wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Konservativen, der Nationalliberalen und eines Mitgliedes der fortschrittlichen Volkspartei angenommen. Ein Vertreter der Sozialdemokratie begründete dann den Antrag, in das Gesetz die Bestimmung aufzunehmen:

„Für jede Waffengattung ist ausschließlich eine einheitliche Felduniform zulässig.“ Der Antrag wurde abgelehnt. Dagegen wurde eine Resolution der fortschrittlichen Volkspartei, die sich auf die Vereinfachung der Uniformen bezieht, mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie und der Antragsteller angenommen. Die Sozialdemokratie hat ferner beantragt, in das Gesetz die Bestimmung aufzunehmen:

„Die besonderen Vorschriften, durch die das Gardeforps und die ionischen Elitetruppen in Bezug auf die Rekrutierung, Ausstattung und Uniformierung sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, werden aufgehoben.“ Schon vorher hatten die Abg. Dr. Müller-Meinungen, Nischbed und Dieckhoff beantragt in der Form einer Resolution: „Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß keine Privilegierung einzelner bestimmter Truppenteile (Garde u. a.) nach Garnisonsort, Anzügen u. a. stattfinden.“ Abg. Böttgermann stellte folgenden Antrag: „Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, die Entwicklung in der Armee, die in wachsender Höhe zu Regimentern mit ausschließlich oder überwiegend adligem Offizierskorps neigt, entgegenzuwirken.“ Ferner: „Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß ein ständiger Austausch der Grenzregimenter, sowie der unter ungünstigen Lebensbedingungen stehenden Garnisonen und den in den Großstädten oder unter bevorzugen örtlichen Verhältnissen garnisonierenden Truppenteilen stattfinden.“

Ein Zentrumsmittglied machte darauf aufmerksam, daß der sozialdemokratische Antrag mit den Bestimmungen der Verfassung über die Kommandogewalt des Kaisers in Widerspruch stehe. Der Kriegsminister führte aus, daß im Üben viele Familien seit vielen Generationen in denselben Regimentern dienen. Gegen den Antrag der Sozialdemokratie mache er dieselben Bedenken, wie der Redner des Zentrums, geltend. Der Kriegsminister verteidigte dann das Gardeforps als Elitetruppe, die sich als solche auch im Jahre 1870 bewährt habe.

Nächste Sitzung Mittwoch Vormittag 10 Uhr.

### Streikluft des Zentrums.

Nach dem „Lokalanzeiger“ hat das Zentrum zur Beratung der Wehrevorlagen in der Kommission den Antrag gestellt, statt den geforderten 1538 Oberleutnants nur 530 zu bewilligen, also 1008 Oberleutnants zu streichen, und statt der geforderten 8607 Unteroffiziere nur 7563 zu genehmigen, also 1044 Unteroffiziere zu streichen. Außerdem sollen die verlangten dreizehn Bezirkskommandeure (pensionierte Offiziere) bei den Bezirkskommandos Hamburg, Celle, Duisburg, Düsseldorf, Erfurt, Hensburg, Frankfurt a. M., Gera, Lüneburg, Reg., Münster, Tilsit und Weimar gestrichen werden. Weiter beantragt das Zentrum folgende Resolution:

„Der Reichstag spricht bei Verabschiedung der Militärvorlage die Erwartung aus, daß die Veranschlagung des Kriegsmaterials umhüllt durch die reichsökonomischen Institute erfolgt.“

### Der österreichische Ministerpräsident über die auswärtige Lage.

Wien, 20. Mai. Das Abgeordnetenhaus beschloß, sofort in die erste Lesung des heute eingebrachten Budgetprovisoriums vom 1. Juli bis 31. Dezember 1913 einzutreten. Ministerpräsident Graf Stürgkh ergriff zur Begründung der Vorlage das Wort und hielt eine dreiviertelstündige Rede, in der er zunächst über die Fragen der inneren Politik sprach und hierauf die auswärtigen Ereignisse der letzten Monate erörterte, wobei er ausführte:

Die von der Monarchie im Balkankriege eingenommene Haltung war durch die Maßnahmen gegeben, welche unsere auswärtige Politik seit langem durch die Aufstellung des Prinzips vorgezeichnet hatte, der selbständigen Entwicklung der Balkanvölker tadellos Förderung angedeihen zu lassen. Es erwidert nur als folgerichtige Anwendung obiger Prinzipien, wenn der programmatische Satz, der Balkan den Balkanvölkern, allen Völkern des Balkans, also auch dem albanesischen Element anzuhe kommen sollte. Hierdurch erscheint das vitale Interesse der Monarchie an der unveränderten Erhaltung der bisherigen Machtverhältnisse an der Adria sichergestellt. Andererseits hatte das auswärtige Amt Sorge getragen, für das von uns verkündete Prinzip der Schaffung eines selbständigen albanesischen Staatswesens die Sanktionierung der anderen Signatarmächte des Berliner Vertrages zu erwirken. Von den Beschlüssen der Londoner Vorkonferenz wurden nach deren Mapierung durch die einzelnen Kabinete die kriegführenden Balkanstaaten in Kenntnis gesetzt. Da bei Montenegro hinsichtlich der Aufgabe Stürgkh die Mittel der Blockade nicht ausreichend erschienen, sah sich Österreich-Ungarn veranlaßt, Maßnahmen zur Durchsetzung des Willens Europas selbständig zu ergreifen. Die Monarchie befaß sich hierbei in Uebereinstimmung mit Italien hinsichtlich der zwischen den beiden Mächten vereinbarten Konstitutionierung des autonomen Albanien. Montenegro verhandelt sich schließlich dazu, den Beschlüssen Europas nachzukommen und Stuzari den Mächten zu übergeben. Derzeit ist

Aussicht vorhanden, daß der Friede zwischen den Balkanstaaten und der Türkei in nicht allzu langer Zeit geschlossen wird. Es wird die Aufgabe des Auswärtigen Amtes sein, rechtzeitig an die Regelung der zahlreichen, die Balkanstaaten interessierenden Anze-

legenheiten zu schreiten, worunter jene von wirtschaftlicher Natur den breitesten Raum einnehmen. (Zwischenruhe.) Derzeit ist die Situation auf dem Balkan nach mancher Richtung noch ungeklärt. Das Auswärtige Amt wird es sich angelegen sein lassen, auf eine rasche Klärung der Verhältnisse des nahen Orients hinzuwirken. Dann wird auch der Moment gekommen sein, da wir die notwendigen Verstärkungen an der Südgrenze rückgängig machen. (Zwischenruhe.) Der Ministerpräsident kam dann darauf zurück, daß die Desfemlichkeit mehrfach Kritik an der Tätigkeit von gewissen Trägern des Außenbüros, namentlich des literarischen Büros, geübt habe. Er erklärte namens des Ministers des Auswärtigen, daß das literarische Bureau während der Krise nach den Direktiven seiner Vorgesetzten vorging und daß der Minister des Auswärtigen selbstverständlich die Amtstätigkeit des untergeordneten Departements bed. Der Minister des Auswärtigen sehe sich veranlaßt, Unterstellungen gegen Beamte, deren persönliche Integrität über jeden Zweifel erhaben sei, mit der Entschiedenheit zurückzuweisen, die der absoluten Haltlosigkeit dieser Anschuldigungen entspricht.

Abg. Sumner: Belehrungen des Grafen Berchtold brauchen wir nicht! Abg. Smeral: Graf Berchtold will das Haus provozieren! Abg. Friedmann: Das ist keine Antwort auf die Interpellationen! Abg. Sumner ruft: Wo sind die sachlichen Nachweisungen? Abg. Renfer: Eine unerwartete Einigung des ganzen Hauses, Erzellen! (Lärm.)

Ministerpräsident Graf Stürgkh fährt dann fort und teilt mit, die schon jetzt seitens der Kriegsverwaltung in Angriff genommenen

### Erleichterungsmaßregeln

umfassen im Bereich des ersten bis vierzehnten Corps die Entlassung sämtlicher Reservisten des Jahrgangs 1909, aller Reservisten und Ersatzreservisten älterer Jahrgänge mit Bedürfnigsmitteln sowie überdies des entbehrlichen Teils der ionischen Ersatzreservisten. In allererstiger Zeit würden auch in den Landwehrterritorialbereichen Grafau, Krumpel und Lemberg alle in aktiver Dienstleistung zurückgehaltene Reservisten und Ersatzreservisten der Landwehr in das nichtaktive Verhältnis zurückverlegt werden. Ferner sei an der Südgrenze eine turnusweise Verurlaubung angeordnet worden. Die Vereinstellung erhöhter militärischer Machtmittel erweise in Umfang und Dauer durch die Gestaltung der außerpolitischen Lage bedingt. Es ließe den Enderfolg einer eindrucksvollen Stellungnahme der Monarchie im internationalen Konzert der Mächte beeinträchtigen und damit viele im Verein wirksamer Friedenspolitik gebrachten Opfer in ihrem Zweck gefährden, wollte man diesen obersten und ersten Gesichtspunkt hierbei ganz außer acht lassen. Die maßgebenden Faktoren seien befristet, die durch Rücksichten auf die internationale Lage gebotene militärische Sicherung mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Nachträgliche Bemängelungen eines einmal international angenommenen Standpunktes könnte höchstens die fortwährende Geltendmachung dieses Standpunktes oder die bereits erzielten Erfolge schädigen.

Ministerpräsident Graf Stürgkh bezeichnete es dann bei der komplizierten politischen und nationalen Struktur der Monarchie und bei den zahlreichen Beziehungen einzelner Teile der Bevölkerung zu den geistigen Mittelpunkten auswärtiger Kulturen als ganz begreiflich und natürlich, wenn die von ihm gekennzeichnete Entwicklung der auswärtigen Politik nicht auf allen Seiten des Hauses ein gleichmäßiges Gefühl der Zustimmung ausgelöst habe; er glaube aber, daß das Haus aus seinen Darlegungen eins entnehmen könne, daß auf allen Seiten mit der gleichen Befriedigung verzeichnet werden müßte und werde, nämlich die erfolgreiche Geltendmachung der Interessen der Monarchie und ihre Befriedigungen auf Wahrung eines ehrenvollen Friedens. Er bitte um Bewilligung des Budgetprovisoriums. (Beifall und Gänkeklatschen.)

### König Peter amémüde?

Pankfurt a. M., 20. Mai. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Genf hat sich an das dortige serbische Konsulat gewandt mit der Anfrage, ob die heute vielfach verbreiteten Gerüchte von der Abdankung des Königs Peter von Serbien wahr seien. Auf dem Konsulat wurde ihm die Antwort erteilt, daß von einer solchen Absicht des Königs nichts bekannt sei. Nach einer persönlichen Information des Korrespondenten stammt die Nachricht von der Abdankung des Königs von einer durchaus glaubwürdigen Persönlichkeit, die zum König in intimen Beziehungen steht.

### Bei einem Patrouilleungang auf montenegrinisches Gebiet verirrt.

Wien, 20. Mai. Wie die „Militärische Rundschau“ meldet, wurde am 15. Mai um sechs Uhr morgens eine Patrouille, bestehend aus dem Leutnant der Reserve Krüll, dem Reservekadetten Meinz und sechs Mann Stellungartillerie des Regiments 5 von Gorkovac (Kroatische) aus zur Rekonnozierung auf die Berzina Gora, nordöstlich von Gorkovac, entandt. Aus unauferklärter Ursache, vermutlich infolge Desorientierung während eines Unwetters, verirrt sich die Patrouille über die Grenze auf montenegrinisches Gebiet und wurde von einer montenegrinischen Abteilung bei Zabincov-Dol, dreieinhalb Kilometer östlich vom Blocepaß, nördlich von Orkvice, festgenommen. Auf Veranlassung der montenegrinischen Regierung wurde die Patrouille an demselben Tage freigelassen und rüdte am 16. Mai acht Uhr Abends mit den Waffen wieder in Gorkovac ein.

London, 20. Mai. Wie das Aeußerliche Bureau erzählt, haben sich die Führer der Friedensmissionen der Balkanstaaten heute Nachmittag gegen 1 Uhr im Claridge-Hotel, in dem die griechischen Delegierten abgebeten sind, versammelt, um ihr Verhalten hinsichtlich der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien zu besprechen.

London, 20. Mai. Die Botschafter traten heute Nachmittag im Auswärtigen Amt zu einer Sitzung zusammen.